

**Büro Hans-Dietrich Genscher**

**Rede**

**von Bundesminister a. D. Hans-Dietrich Genscher**

**anlässlich des Tages der Deutschen Einheit**

**am 3. Oktober 1999**

**in Dresden**

**Es gilt das gesprochene Wort!!!**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren,  
mit Dankbarkeit habe ich die Einladung angenommen, heute im sächsischen Landtag zum Tage der deutschen Einheit sprechen zu dürfen. Für einen ehemals preußischen Sachsen ist das es besondere Ehre, zu dieser Rede im Freistaat Sachsen eingeladen zu werden; und es ist natürlich auch eine Freude, weil auf diese Weise wieder einmal ein Liberaler in diesem Hause sprechen kann. Das allerdings will ich nicht vertiefen, denn ich soll ja eine Festrede halten.

Bei der Vorbereitung meiner Rede sind die Erinnerungen wach geworden an meine Begegnungen mit Dresden und mit Dresdnern. Am 2. Dezember 1944 auf der Rückfahrt vom Arbeitsdienst, den ich im Oktober und November 1944 in Frauenstein im Erzgebirge abgeleistet hatte, führte mich der Weg durch Dresden. Mein Abteilnachbar im Zug sagte: „Hoffentlich wird nicht auch noch Dresden zerstört.“ In Wittenberg, wo ich als 17-Jähriger als Pionier in den ersten Wochen des Jahres 1945 ausgebildet wurde, waren drei meiner Kameraden auf der Stube Dresdner. Nach dem schrecklichen Luftangriff erhielten sie Sonderurlaub, um nach ihren Angehörigen zu suchen. Gezeichnet von dem Grauen, das sie gesehen hatten, kehrten sie zwei Tage später zurück. Sie waren älter geworden und – wie ich fühlte – auch ratloser. Sie waren ohne Hoffnung, obwohl wir noch wenige Tage zuvor über unsere gemeinsame Hoffnung gesprochen hatten, dass der Krieg bald vorüber sein möge, dass er unsere Familien und uns selbst verschonen möge, und auch darüber, dass der Herrgott – manche sagten auch: das Schicksal – gnädig mit uns Deutschen verfahren möge.

Wenn sich meine Generation nach dem Kriege politisch betätigt hat, dann zuallererst um zu verhindern, dass sich wiederholen möge, was wir, die bei Kriegsende 18-Jährigen in unserer Kindheit und in unserer Jugend erlebt und erlitten hatten. 1948/49 erfuhr ich von meinen großartigen Hochschullehrern in Leipzig, Erwin Jacobi, Arthur Nikisch und Werner Weber, von dem untrennbaren Zusammenhang von Freiheit, Demokratie und Menschenwürde und dem inneren und äußeren Frieden. Sie machten uns bewusst, dass die Deutschen 1933 erst die Freiheit und durch staatlichen Terror dem Frieden im Inneren und dann durch Fremdenhaß und Krieg den äußeren Frieden verloren hatten.

Es führt nichts an der Einsicht vorbei, dass der innere und der äußere Friede dauerhaft nur auf Menschenrecht und Menschenwürde gegründet sein können. Das war ja auch die Grundphilosophie der Schlussakte von Helsinki, ganz Europa auf diese Grundsätze zu gründen, ihm ein neues Ziel zu geben und durch Zusammenarbeit anstelle von Konfrontation

dieses Ziel zu erreichen. Dresden war auch der Ort, wo ich zum ersten Mal im Jahre 1990 zum ersten Mal zu den Delegierten des Parteitages der LDP sprach, der Partei, der ich vom Januar 1946 bis zum August 1952 in Sachsen-Anhalt angehört hatte, und die hier daran ging, einen Neuanfang zu suchen. So schloss sich für mich hier in Dresden auch ein Kreis in meinem politischen Leben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir begehen heute den Tag der deutschen Einheit. Der 3. Oktober gehört zu den guten Tagen in unserer Geschichte. Der Tag wurde möglich, weil die Deutschen hier Freiheitsgeschichte geschrieben haben – friedlich und ohne Waffen. Unsere Nachbarn haben das tief empfunden und viele haben Deutschland mit neuen Augen gesehen. Der Geschichtskalender hat es mit sich gebracht, dass es in diesem Jahr 1999 zahlreiche Gedenktage gibt, die für uns mit guten und mit schlechten Erinnerungen verbunden sind. Es sind Gedenktage, die allesamt auch Bedeutung haben für unsere Nachbarn. Richard von Weizsäcker hatte schon Recht, als er feststellte: „Unsere Geschichte hat uns Deutschen nie allein gehört.“ Man möchte nur hinzufügen: Auch unsere Zukunft wird uns nie allein gehören. Und man möchte hoffen, dass der Auftrag unseres Grundgesetzes, mitzuwirken bei der Einigung Europas und bei der Sicherung des Friedens in der Welt, als ein immerwährender Auftrag deutscher Politik verstanden wird. Wir sind das Land mit den meisten Nachbarn in Europa, und deshalb sind wir in ganz besonderer Weise auf gute Nachbarschaft angewiesen. Wir dienen uns selbst und wir dienen Europa, wenn wir uns um diese gute Nachbarschaft bemühen. Wir haben in unserer Geschichte immer wieder im Widerspruch zu unseren Nachbarn gestanden.

Manchmal zu allen, manchmal zu einigen. Immer wieder gab es Trennendes oder vermeintlich Trennendes, das gewichtiger erschien als das Gemeinsame und das Verbindende. Heute leben wir in einer neuen Kultur des Zusammenlebens, in der große und kleine Staaten ebenbürtig und gleichberechtigt als Mitglieder der Europäischen Union die gemeinsame Zukunft gestalten. Dennoch sind wir neun Jahre nach Herstellung der deutschen Einheit noch immer östliches Grenzland der Europäischen Union. Wenn zu Beginn des neuen Jahrhunderts die Tschechische Republik, wenn Polen und Ungarn Mitglied der Europäischen Union sein werden, dann wird unser politischer Standort als Teil einer Gemeinschaft europäischer Demokratien zum ersten Mal in Übereinstimmung sein mit unserem geographischen Standort als Land in der Mitte Europas. Das lässt uns hoffen für das 21. Jahrhundert. Dieses Europa wird mehr sein als ein vergrößertes Wirtschaftsgebiet. Es wird seine Identität in seiner Kultur, in den Grundwerten unseres Grundgesetzes und in dem Willen zur gemeinsamen Zukunft entfalten. Beim Rückerinnern im Jahre 1999 denken wir auch jenen 28. März vor 150 Jahren

zurück, als in Frankfurt in der Paulskirche die erste für alle Deutschen geltende demokratische Verfassung vollendet wurde. Das war eine mutige und freiheitliche Entscheidung. Dass sie nicht zu unmittelbarer Wirksamkeit gelangte, gehört zu den tragischen Entwicklungen deutscher und europäischer Geschichte. Aber dass mutige Demokraten vor 150 Jahren diesen Versuch unternahmen, gehört zu den guten Erinnerungen, die wir nicht vergessen dürfen. Deshalb hätte auch der 150. Jahrestag am 28. März diesen Jahres größere Beachtung verdient gehabt. Nicht nur die erfolgreichen, auch die vergeblichen Anstrengungen für Freiheit, Menschenrechte und Demokratie in Deutschland verdienen Erinnerung und Achtung heute und in Zukunft. Das gilt in einem besonderem Maße für den 20. Juli 1944 und für den 17. Juni 1953. Im Auswärtigen Amt hängt eine Tafel, auf der die Namen der Angehörigen des Auswärtigen Amtes verzeichnet sind, die wegen ihrer Beteiligung am 20. Juli 1944 ermordet wurden. Unter diesen Namen steht: „Sie gaben ihr Leben für die Ehre des deutschen Volkes“.

Meine Damen und Herren,

am 31. Juli 1919, vor 80 Jahren, wurde in Weimar die erste Verfassung für ein demokratisches und republikanisches Deutschland verabschiedet. Die Grundsätze dieser Verfassung waren auch ein Angebot an unsere Nachbarn. Missachtung und Zerstörung dieser Grundlagen des demokratischen Zusammenlebens führten zu dem Tage, an dem vor 60 Jahren, am 1. September 1939, der von Hitler vom Zaune gebrochene Zweite Weltkrieg begann. Deshalb wünschte die junge Generation, die diesen Krieg erlebt, erlitten und überlebt hatte, bei seinem Ende, dass nun endlich ein neuer Anfang gemacht werden könne, der Freiheit und Menschenrechte und Demokratie zur Grundlage unseres Zusammenlebens machte. Das war, wie wir bald erkannten, nicht überall in Deutschland möglich. Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 – das liegt in diesem Jahr 50 Jahre zurück – ist ein solches Angebot. Ein Teil dieses Angebotes war die Einladung an die Deutschen, in der am 23. Mai 1949 noch bestehenden Sowjetischen Besatzungszone, dem neuen Staat, der auf der Grundlage dieses Grundgesetzes geschaffen werden sollte, beizutreten. Diese Entscheidung traf die erste frei gewählte Volkskammer mit dem Beitritt zum 3. Oktober 1990. Wenn heute gefragt wird, ob der Termin überhastet gewesen sei, dann möchte ich daran erinnern, dass das Fenster der Geschichte zwar geöffnet war, aber niemand wissen konnte, wann es wieder geschlossen sein würde. Der Putsch in Moskau im August 1991 zeigte, dass das keine unbegründete Sorge war. Wer heute den Beitritt nach Artikel 23, wie ihn damals die Volkskammer beschlossen hat, kritisiert, hat vergessen, dass mit diesem Beitritt die neuen Bundesländer Mitglied der Europäischen Union, d. h. der Gemeinschaft der

europäischen Demokratien wurde. Das vereinte Land zum Teil in und zum Teil außerhalb der Europäischen Gemeinschaft, das konnte nicht unser Ziel sein. Vergessen wir nicht: Die Europäische Gemeinschaft hat in den langen Jahren des kalten Krieges mit uns zusammen am Ziel der deutschen Einheit festgehalten. Die damalige DDR war durch Einbeziehung des innerdeutschen Handels eine Art indirektes Mitglied der EG. West-Berlin gehörte ohne jede Einschränkung zur Europäischen Gemeinschaft.

Als die Menschen in der DDR 1989 das Tor zur deutschen Einheit aufstießen, hat der damalige Kommissionspräsident Jacques Delors ohne Zögern die Erstreckung der europäischen Verträge auf die neuen Bundesländer vorbereitet und mit uns zusammen durchgesetzt. Seitdem unterstützt die Europäische Union nachhaltig die neuen Bundesländer. Diese europäische Solidarität sollte auch in Deutschland bei der Diskussion über den Länderfinanzausgleich beispielgebend wirken.

Meine Damen und Herren,

und natürlich erinnern wir uns in diesem Jahr 1999 an die bewegenden Ereignisse vor zehn Jahren. Am 10. September 1989 öffnete Ungarn seine Grenzen für die Deutschen, die aus der DDR in Ungarn Zuflucht gesucht hatten, um auf diesem Wege die Bundesrepublik zu erreichen. Wenn es jetzt um die Aufnahme neuer Mitglieder in die Europäische Union geht, dann sollten wir nicht vergessen, dass es das kleine tapfere, ungarische Volk und seine damalige mutige Führung waren, die als erstes die Kraft gefunden hatten, den Eisernen Vorhang zur Seite zu schieben. Ich werde das den Ungarn niemals vergessen. Es geschah gegen den scharfen Protest der damaligen DDR-Führung. Bei den Verhandlungen mit dem damaligen Außenminister Horn und mit Ministerpräsident Németh habe ich empfunden, wie sehr sie sich den moralischen Grundlagen des neuen Europa verpflichtet fühlen. Es waren gerade 20 Tage notwendig, um die DDR-Führung davon zu überzeugen, dass die Mauer nicht länger nach Budapest, Prag oder Warschau verlängert werden kann. Die Tore der Botschaft in Prag öffneten sich am 30. September 1989 mit der Zustimmung der DDR. Wer sich ein Gefühl für geschichtliche Entwicklung bewahrt hatte, der empfand damals, dass der Fall der Mauer in Berlin nur noch eine Frage der Zeit war. Deshalb nahm damals, am 10. September in Ungarn und am 30. September in Prag eine Entwicklung ihren Anfang, die ihre Vollendung fand in der Öffnung der Mauer am 9. November 1989. Genauso wie an diesen unvergesslichen 9. November denke ich immer wieder zurück an den Tag davor, den 8. November 1989. An diesem Tage diskutierte der Deutsche Bundestag wie in jedem Jahr seit

Beginn der siebziger Jahre den Bericht der Bundesregierung – wie es damals hieß – zur Lage der Nation im geteilten Deutschland. Ich habe am Morgen dieses 8. November noch einmal meine Rede überarbeitet. Dabei habe ich mir die Frage gestellt: Was wird es bedeuten, wenn die Mauer fällt – heute, morgen, übermorgen oder in drei Wochen oder in drei Monaten. Natürlich bedeutet es Veränderung für die Menschen in der DDR, eine Veränderung, die sie wollen, für die sie bei ihren Demonstrationen eintreten. Aber was bedeutet das für den Westen Deutschlands, für die damalige Bundesrepublik Deutschland? Und was für den Westen Europas? Bleibt alles, wie es ist? Wird die nüchterne Sprache der Verfassung, die vom Beitritt spricht, auch eine gesellschaftliche, kulturelle, wirtschaftliche und politische Realität? Wird sich im Westen also auch etwas ändern? Diese selbst gestellte Frage habe ich im Deutschen Bundestag mit dem ganz einfachen Satz beantwortet: Nichts wird mehr so sein, wie es war – nicht im Osten, aber auch nicht im Westen. Heute wissen wir, das galt nicht nur für Deutschland, sondern für das ganze Europa und weit darüber hinaus. Und je mehr das im Westen Deutschlands und Europas begriffen wird, umso schneller wird auch die innere Vereinigung bei uns und in ganz Europa vorankommen. Wer im Westen nicht begreift, dass es auch im Westen nicht mehr sein kann, wie es war, der ist geistig noch nicht angekommen im vereinten Land und auch nicht im zusammenwachsenden Europa. Und das erfordert auch einen aufrichtigen Umgang mit den Ursachen von Problemen, denen wir uns heute gegenüber sehen. Höchst leichtfertig wird mit dem Begriff von den Lasten der Einheit umgegangen. Ich bin auch heute noch der Meinung, dass die Einheit keine Last, sondern eine Chance ist. Und in Wahrheit ist es so, dass wir es in den neuen Bundesländern mit den Lasten zu tun haben, die die DDR hinterließ, deren ökonomisches Scheitern in den Papieren selbst eingestanden wurde. Und im Westen haben wir es zu tun mit den Lasten eines recht unbekümmerten jahrelangen „Weiter so, Deutschland!“ Um es ganz offen zu sagen, die heute notwendigen und oft schmerzlichen Eingriffe zur Gesundung der öffentlichen Finanzen und auch der sozialen Sicherungssysteme wären auch notwendig, wenn es die deutsche Vereinigung bis heute nicht gegeben hätte. Der Westen Deutschlands hatte über seine Verhältnisse gelebt, er muss sich nun den Verhältnissen anpassen.

Wenn ich hier berichte von meinen Gedanken bei der Beratung des letzten Berichts der Bundesregierung zur Lage der Nation im geteilten Deutschland, dann möchte ich nicht verschweigen: Ich hätte mir gewünscht, der Deutsche Bundestag könnte längst in jedem Jahr einen Bericht verhandeln zur Lage der Nation im vereinten Deutschland. Der sollte aufzeigen, welche Fortschritte gemacht worden sind bei der inneren Vereinigung. Das wäre gegen die

Miesmacher. Und er sollte nüchtern beschreiben, was zu tun bleibt. Das wäre gegen die Schönredner. Aber vor allen Dingen sollte er aufzeigen, was zu tun ist, um unser Land zu modernisieren und fähig zu machen, der Herausforderung der Globalisierung zu bestehen und sie als Chance zu nutzen. Eine gesamtgesellschaftliche Diskussion ist notwendig für einen neuen gesellschaftlichen Konsens. Diese Diskussion sollte nicht auf den Bundestag beschränkt werden, sondern er sollte in die Gesellschaft hineingetragen werden. Es müssen die zu Wort kommen, die in einer sich ständig wandelnden Arbeitswelt nach Perspektiven suchen, und es müssen die zu Wort kommen, die als Arbeitslose an dieser Arbeitswelt keinen Anteil haben, die fragen, was mit dem Begriff „soziale Gerechtigkeit“ in unserer Verfassung gemeint sind. Dazu brauchen wir die Teilnahme von Menschen aus allen Bereichen. Wir brauchen die Erfahrung der Älteren und wir brauchen die Hoffnungen und Ziele der Jungen. An jenem 8. November 1989 habe ich im Deutschen Bundestag nach der Feststellung, dass weder im Osten noch im Westen alles bleiben werde, wie es ist, die Forderung erhoben, dass wir die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland – gemeint war die alte Bundesrepublik - schon jetzt darauf hinweisen müssen, dass erhebliche Leistungen notwendig werden für die Einheit der Nation.

Ich denke in diesem Jahr 1999 aber auch zurück an den Tag nach dem Fall der Mauer, also an den 10. November 1989. Damals versammelten sich in den Nachmittagsstunden Zehntausende vor dem Schöneberger Rathaus in Berlin. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten wieder kamen sie nicht nur aus dem Westteil der Stadt, sondern auch aus dem Osten Berlins und den umgebenden Gebieten. Es sprach für die CDU der damalige Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, für die SPD deren Ehrenvorsitzender Willy Brandt, ich sprach für meine Partei. Aber vor uns sprach der Regierende Bürgermeister von Berlin. Er rief unter dem Jubel der 80.000 aus: „Wir Deutsche sind heute das glücklichste Volk auf der Welt!“ Er sprach diesen 80.000 Menschen aus dem Herzen – und nicht nur ihnen. An jedem 10. November, der wieder ins Land kommt, frage ich mich, wie denn diese 80.000, wenn sie noch einmal am gleichen Ort versammelt wären, reagieren würden, wenn der Regierende Bürgermeister sagte: „Wir Deutsche sind heute das glücklichste Volk der Welt.“ Die Frage stellen, heißt, sie auch zu beantworten. Ich möchte dabei nicht missverstanden werden: Ich lasse mir durch niemanden und durch nichts meine täglich neue Freude darüber nehmen, dass wir wieder in einem Land in Freiheit und in Demokratie leben können. Und deshalb ist der 3. Oktober für mich ein Festtag.

Aber wir müssen die Frage stellen: Was haben wir aus der Chance von damals gemacht? Wo liegen die Ursachen von Stimmungen, die eher Pessimismus als Zuversicht ausdrücken? Übrigens ist das eine Erscheinung, die es nicht nur in Deutschland gibt. Über Vertrauenskrise und Zukunftsangst wird auch in anderen westlichen Ländern gesprochen. War, so muss man fragen, mit dem Fall der Mauer nicht auch ein Kräftemessen, ein Wettkampf zweier höchst gegensätzlicher Systeme von Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft auf der einen und sozialistischer Ordnung auf der anderen Seite zu Ende gegangen? Ein Kräftemessen, das sich auch ausdrückte in der Existenz gewaltiger militärischer Potentiale von unvorstellbarer Vernichtungskraft? Ein Kräftemessen, das nicht beendet wurde durch die Sprache der Waffen oder der Gewalt, sondern durch friedliche Demonstrationen, durch Menschen, die überall in Europa eintraten für ihre elementaren Rechte, für Freiheit, für Menschenwürde und für Demokratie. Durch den Willen der Völker im damaligen sowjetischen Machtbereich wurde die Mauer durch Deutschland und Europa zum Einsturz gebracht. Der amerikanische Autor Fukuyama sprach kurz nach dem Ende des kalten Krieges vom „Ende der Geschichte“. Ich habe schon damals meine Zweifel gehabt, ob es so etwas gibt. Aber es war die tiefgreifendste Revolution der Menschheitsgeschichte und sie ist auf der Suche nach immer neuen Horizonten noch längst nicht zu Ende. Und wir sollten nicht vergessen, dass sie untrennbar verbunden ist mit den Namen vieler Unbekannter, aber auch mit den Namen Michail Gorbatschow und Eduard Schewardnadse.

Es war nicht nur eine deutsche Freiheitsrevolution. Es war eine zutiefst europäische Freiheitsrevolution. Ich habe das Jahr 1989 mit den Entwicklungen in Polen, der DDR, Ungarn, in der Tschechischen Republik, der damaligen Sowjetunion und in den anderen Ländern des Warschauer Pakts als das europäischste Jahr dieses Jahrhunderts empfunden, weil sich die Völker auf die Grundwerte der europäischen Demokratie-Idee besannen, weil sie sie einforderten und weil die Entwicklungen in den einzelnen Ländern zusammenflossen zu einem großen Strom der Freiheit in Europa. Das war der Unterschied zum 17. Juni 1953 in der DDR, zu 1956 in Ungarn, zu 1968 in Prag und anfangs zu Solidarnosc in Polen; das waren jeweils getrennte Entwicklungen. Und dass es eine zutiefst europäische Freiheitsrevolution war, sollten wir auch nicht vergessen, wenn es um die Aufnahme unserer östlichen Nachbarn in die Europäische Union geht. Das europäische Jahr 1989 fordert eine europäische Zukunft.

Heute geht es darum, einen neuen Konsens zu finden. Die neuen Horizonte zu definieren, die es jetzt zu erreichen gilt. Sie zu entwerfen ist Aufgabe der Politik. Die Politik muss auch die Bürger dafür gewinnen. Für das eine Europa, in dem die Völker gleichberechtigt miteinander leben und ohne Überheblichkeit, in Achtung voreinander und ohne nationalen Egoismus. Die europäische Idee ist auch eine kulturelle Idee. Sie ist eine Idee ohne Feindbilder, bestimmt von dem Menschenbild unseres Grundgesetzes. Artikel 1 sagt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Des Menschen, das heißt jedes Menschen. Manche Rückwärtsgewandte meinen, das gelte nur für die deutschen Menschen. Wer Feindbilder aufbaut, betreibt die Militarisierung der Gesellschaft und der Völker. Deshalb ist es so wichtig, dass die Kinder in den Familien und in den Schulen früh von den kulturellen Leistungen auch der anderen Völker erfahren, die alle zu unserer großen europäischen Kultur Unverzichtbares beigetragen haben. Kinder, die in der Achtung vor den kulturellen Leistungen anderer aufwachsen, kann man später nicht gegen andere Völker aufhetzen. Kultur ist friedentiftend, wenn sie umfassend verstanden wird und wenn nicht der Begriff „unsere Kultur“ als Kampfbegriff gegen andere Kulturen eingesetzt wird. Ich weigere mich, die These Huntingtons vom fast unvermeidbaren Zusammenstoß der Kulturen in unserer Welt zu akzeptieren. Eine solche These kann leicht zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung werden. Die Fähigkeit, in der Existenz anderer Kulturen eine Bereicherung für sich selbst zu empfinden, schafft die geistige Grundlage für den notwendigen Dialog der Kulturen. Er ist Ausdruck aktiver Toleranz, die den anderen nicht nur erträgt, sondern ihn in seinem Anderssein als Bereicherung empfindet für sich selbst. Wir sind der Geschichte nicht hilflos ausgeliefert. Wir schreiben sie täglich selbst für unser Leben, für unsere Familie, für unsere Gemeinde, unser Bundesland und unsere Bundesrepublik Deutschland, in unserem Europa und in unserer Welt. Wir haben an der Schwelle zum neuen Jahrhundert die Chance, ein neues und größeres Europa zu schaffen, in dem die Völker ebenbürtig und gleichberechtigt leben. Die Gründung der Europäischen Gemeinschaft war keine – wie uns manche einreden wollen –im kalten Krieg durch die Bedrohung durch die Sowjetunion erzwungene Reaktion – das war die NATO. Die europäische Einigung war und ist die Antwort auf jahrhundertelange europäische Bruderkriege und auf die zwei Weltkriege dieses Jahrhunderts. Hinzugetreten ist jedoch die Herausforderung der Globalisierung. Nur vereint werden die Völker Europas diese Herausforderung bestehen. Nur vereint werden wir unseren Platz in der Welt des 21. Jahrhunderts einnehmen können, in einer Welt, in der Grenzen immer mehr ihre Bedeutung verlieren, in der neue regionale Kraftzentren entstehen, in der Multipolarität bestimmend sein wird. Zu unserem neuen Konsens muss die Einsicht gehören, dass unsere Verantwortung

nicht an den Grenzen Europas endet. Die Überwindung von Hunger und Not, von Unwissenheit und Elend in der Dritten Welt ist eine globale Herausforderung. Sie betrifft uns nicht weniger als die Menschen, die dort leben. Sie hat die gleiche Sprengkraft wie die soziale Frage in den Industriestaaten am Ende des letzten Jahrhunderts. Die Folgen der ungelösten Probleme in der Dritten Welt klopfen nicht mehr nur an unsere Tür, sie haben uns längst erreicht. Die ökologischen Folgen der Abholzung der Regenwälder sind offenkundig. Und immer offenkundiger wird auch, dass wir – die Industriestaaten – in der Umweltbilanz der Menschheit zu Lasten der Staaten der Dritten Welt leben. Die Massenwanderungsbewegungen aus existenzieller Not erfahren wir jeden Tag neu, und AIDS ist heute ein tödliches Problem für alle Erdteile. Der neue gesellschaftliche Konsens verlangt, diese gemeinsamen Herausforderungen anzunehmen, so wie wir auch die Einheit des ganzen Europas als gemeinsame Herausforderung anzunehmen haben. Wir brauchen den Friedensschluss der Staaten, und das nicht nur in Europa. Wir brauchen den Friedensschluss der Menschen untereinander und wir brauchen den Friedensschluss der Menschen mit der Natur. Und wir brauchen den Friedensschluss unter uns. Das heißt aber nicht, dass wir mit unserer Geschichte unaufrichtig sein wollen oder dass wir etwas unter den Teppich kehren. Unaufrichtigkeit mit unserer Geschichte und mit uns selbst könnte leicht neuen Irrtum stiften. Gemeint ist die Fähigkeit, aufeinander zuzugehen mit offenem Herzen und mit gutem Willen.

Die innere Vereinigung führt Menschen zusammen, die über Jahrzehnte ganz unterschiedliche Lebenserfahrungen gesammelt haben und die ganz unterschiedliche Lebensentwürfe hatten. Das verlangt Behutsamkeit im Umgang miteinander und Achtung und Solidarität. Es verbietet Selbstgerechtigkeit, und das vor allen Dingen auf der westdeutschen Seite. Das Bemühen um die innere Vereinigung ist für mich ohnehin mehr eine westliche Bringschuld als eine östliche Holschuld. Ich finde überhaupt, dass die Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern viel deutlicher ihre Stimme erheben sollten, wenn es um die gemeinsame Zukunft geht. In das vereinte Land ist niemand mit leeren Händen gekommen. Die Deutschen aus dem Westen kamen mit einer lebendigen Demokratie und einer leistungsfähigen Wirtschaftsordnung und die Menschen aus dem Osten mit dem kostbaren Gut selbst und friedlicher errungener Freiheit. Jetzt geht es darum, das europäische Deutschland zu schaffen, so wie Thomas Mann es in seiner großen Rede an die deutsche Nation schon 1952 gefordert hat, in einem Europa mit einer neuen Kultur des Zusammenlebens. Es geht darum, zu erkennen, dass wir die Chancen der Globalisierung nur dann werden nutzen können, wenn wir unsere Fähigkeiten zur Veränderung unter Beweis stellen, wenn wir erkennen, dass das größere Risiko nicht die

Veränderung, sondern die Wahrung ist. Gorbatschow hatte schon Recht, als er vor zehn Jahren in Berlin sagte: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“ Aber was damals richtig war, ist heute deshalb nicht falsch. In unseren gemeinsamen Anstrengungen sehe ich eine große Chance für die innere Vereinigung. Das ist eine Herausforderung für alle Deutschen – im Osten wie im Westen. Und diese Herausforderung wollen wir annehmen, damit unser europäisches Deutschland auch im neuen Jahrhundert den Platz einnehmen kann, der den Fähigkeiten seiner Menschen entspricht.